

XXXXXXXX XXXXXXX  
-Selbstverwaltung gemäß UN-Resolution-

XXXXXXXX XXXXXXX Berlin, XXXXXXX X

Tel.: 030 - XXXXXXX  
E-Mail: XXXXXXX.XXXXXX@XXXXX.com

*Britische Botschaft  
Wilhelmstr.*

*10178 Berlin*

*Berlin, am 24. Februar 2010*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*Seit 199X bin ich Beamtin – Kriminaloberkommissarin - beim  
Polizeipräsidenten in Berlin.*

*Dienstlich geführt bin ich derzeit bei*

*XXX3 XX  
XXXXXXXXXX  
XXXXX Berlin  
Tel.: 030-XXXXXXXXXX (Leiter Tagesdienst).*

*Im November 2008 wurde mir der Strafantrag gegen einen sogenannten  
Richter beim sogenannten Amtsgericht Tiergarten wegen Recht-Beugung und  
Straftaten aufgrund Römischer Statuten und Völkerstrafgesetzbuch zur  
Ermittlungsarbeit übergeben.*

*Im Anschreiben des Anzeigenden wurden unter anderem die  
Rechtsbereinigungsgesetze im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für  
Justiz genannt.*

*Im Rahmen der Ermittlungen erhalte ich Einblick in das Besatzungsrecht  
(HLKO, SHAEF-Gesetzgebung), die Vertragslandschaft um die noch  
ausstehende Wiedervereinigung Deutschlands (wenigstens Stand 31.12.1937 -  
gemäß Art.116 GG für die BRD in der geltenden Fassung) und die aktuelle  
Fassung der Charta der Vereinten Nationen.*

XXXXXXXX XXXXXXX

-Selbstverwaltung gemäß UN-Resolution-

XXXXXXXX XXXXXXX Berlin, XXXXXXX X

Tel: 01XX - XXXXXXX

E-Post: xxxxxxxx,xxxxxxx@xxxxxx.com

*Das vorläufige Ermittlungsergebnis läßt für mich persönlich folgende Schlüsse zu:*

- 1. Ich bin Beamtin des Deutschen Reiches (mindestens Stand 31.12.1937)*
- 2. Mein dienstliches Handeln erfolgt nach Gesetzgebung des Deutschen Reiches*
- 3. Mein dienstliches Handeln erfolgt aufgrund Befehls der Alliierten*

*Dementsprechend fordere ich nunmehr wegen der Dringlichkeit innerhalb einer Woche:*

- 1. Die Erteilung eines eindeutigen Befehls für mein dienstliches Handeln*
- 2. Die Mitteilung der Befehlsnummer für diesen Befehl*
- 3. entsprechende Mittellung an Polizeipräsident in Berlin*  
*ZSE I B 15*

*Bis zur zweifelsfreien Klärung der völkerrechtlichen Rechtslage nehme ich das Recht aus Art. 20 IV GG in Verbindung mit Art. 20 III GG (in der geltenden Fassung) für mich in Anspruch.*

*Das Anschreiben der Botschaften aller Siegermächte bedeutet einen unnötig hohen Verwaltungsaufwand, deshalb richte ich künftig meine Anschreiben an die Britische Botschaft.*

*Mit freundlichem Gruß*

*XXXXXXXX XXXXXXX*

*Kriminaloberkommissarin*

*-Selbstverwaltung gemäß UN-Resolution-*

*Nachrichtlich an:*

- 1. alle Botschaften der Alliierten*
- 2. Polizeipräsident in Berlin*  
*ZSE I B 15 - Herr Walter*  
*zur Ablage in der Personalakte*  
*und*  
*Polizeipräsident in Berlin*  
*DIR 3 VB I*

*2 von 2*

